

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Und ewig stirbt die Effi Briest

- Wie bereitet Schule unsere Kinder auf Probleme von morgen vor?

Als Tiger gesprungen, als Kätzchen gelandet?

- Bei der Fremdevaluation gibt es noch offene Fragen

Was VERA Lehrern sagen kann

- Über Sinn und Interpretation von Vergleichsarbeiten

Schutz vor dem Striptease im Netz

- Wissen für Eltern über soziale Online-Netzwerke

Mythos Frühförderung?

- Zum Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Die Pro-Werkrealschule im Dorf lassen

- Warum es die Hauptschule bald gar nicht mehr gibt

Mangel wird nicht in dieser Schärfe kommen

- Helmut Rau zur Studie über den zukünftigen Lehrerbedarf

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Unterricht: Und ewig stirbt die Effi Briest	3	Lehrerversorgung:	
Evaluation: Viele Fragen sind noch offen	5	Kultusminister Rau zur Klemm-Studie	20
Diagnosearbeiten: Was VERA Lehrern sagen kann	8	Budget für Schulen: Geld statt Lehrerstunden	21
Leistungsbeurteilung: Sind Noten wirklich nötig?	11	Sachkostenbeiträge: Was der Schulträger bekommt	22
Grundschule: Neue Studien zur Fremdsprache	13	Pädagogische Tage: Rechnungshof rügt Stundenausfall	23
Orientierungsplan:		Hochschule aktuell	
Kindergärten brauchen mehr Personal	15	Mathematikunterricht:	
Hauptschule: Anpassung an neues Konzept	16	Was die Uni vom Gymnasium erwartet	24
Neue Medien: Schutz vor dem Striptease im Netz	17	Bachelor-Reform: Umstellung läuft nicht immer rund	27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

langsam und hitzig klingt es aus, das Schuljahr 2008/2009. Es waren mächtige Paukenschläge, die in den letzten Wochen die Bildungslandschaft in Wallung versetzt haben. Viele davon zeigen auf, dass Schulentwicklung in Baden-Württemberg immer noch eine Schnecke ist. Das „spick-mich“-Urteil ist eine schallende Ohrfeige in Richtung Evaluationsverweigerer. Wann lernen wir endlich, dass nicht der Überbringer der schlechten Botschaft, sondern deren Verursacher das Problem darstellt? Immer noch ist das Wort „Schülerfragebogen“ ein Unwort. Was lehrt eigentlich ein Lehrer seine Schüler, der ernsthaft behauptet, Kinder und Jugendliche könnten keine Beurteilung abgeben? Allein eine solche Äußerung müsste seitens des Arbeitgebers eine „setzen! 6!“ nach sich ziehen.

Hunderttausende von Schülerinnen und Schülern demonstrieren für eine Bildung, die sie auf ihre Zukunft wirklich vorbereitet und nicht nur Lernstoff eintrichert und abfragt. Anstatt sich mit den quälenden Fragen der Demonstrierenden auseinandersetzen, wird seitens der Politik über Sanktionsmaßnahmen für die grundrechtsbewegte Jugend nachgedacht. Was lernen denn diese Kids mal wieder für ihr Leben? Nicht der Verursacher des Problems wird gezwungen, sich zu ändern, sondern die Botschafter werden bestraft. Also Mund halten, Augen zu und Ohren auf Durchzug. Irgendwie überstehen die meisten ja auch die 9, 10, 12 oder 13 Jahre.

Mama und Papa sei Dank, als Bildungsfinanzierer, Hausaufgabenbewältiger, GFS-Anfertiger, Tränentrockner, Motivatoren, Notenrelativierer. Und wehe, die Eltern sind nicht bereit, willens oder fähig!

Und dann das Erleben, dass es eben auch anders geht. Jeden Tag an einzelnen Schulen zu sehen, dass sich Kollegien auf den Weg machen, Schule neu zu definieren, kindzentriert zu unterrichten. Jeden und jede mitzunehmen. Und das trotz vieler Knüppel, die Regierungspräsidien auswerfen, und oftmals hart am Rande der Legalität. Viele Schulen wollen gar nicht über ihr Gelingen berichten, weil sie wissen, wenn bestimmtes Handeln publik würde, dann käme sofort eine Weisung, sich wieder ins Glied einzureihen. Und dann das nackte Entsetzen: Es geht um die unreflektierte Schließung von Hauptschulen im ganzen Land, auch derer, die alle ihre Schüler mit Erfolg ins weitere Leben führen. Die das ganze Dorf als Partner einbeziehen: Eltern, Handwerker, Vereine, informelle Bildungseinrichtungen, Kirchen. Und die nun wissen, dass ihre Schließung nötig ist, um die „neue“ Werkrealschule zu finanzieren. Während normalerweise der Grundsatz gilt, dass erst das Modell und dann das optimierte Endprodukt „auf den Markt“ kommt, geht man nun den Schritt, das erst kürzlich optimierte Endprodukt „Hauptschule“ abzuschaffen, um dann ohne Modell gleich ein neues (!) Produkt auf den Markt zu bringen. Schule, Kinder, Lehrer und Eltern werden zu kleinen Spielfigürchen für Parlamentarier (Politiker, also Volksvertreter, sind viele nicht mehr), die gar nicht mehr mit den Betroffenen reden, sondern aus fiskalischen Gründen, Profilierungsgründen oder Unwissenheit im Parlament Entscheidungen treffen, die viele nicht mehr nachvollziehen können.

Wer die Menschen aber nur noch als arbeitende und steuerzahlende Spielfigürchen sieht, der läuft Gefahr, die Zukunft zu verzocken.

Es werden nachdenkliche Sommerferien, in die wir nun alle entlassen werden, hoffentlich auch endlich für die politisch Verantwortlichen.

Ich wünsche Ihnen gute Erholung, damit wir die Herausforderungen endlich gemeinsam und ernsthaft angehen.

Herzlichst Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Die Pro-Werkrealschule im Dorf lassen

Warum es die Hauptschule in Baden Württemberg bald gar nicht mehr gibt

Der Landtag soll die für die Einführung der neuen Werkrealschule notwendigen Änderungen des Schulgesetzes noch vor der parlamentarischen Sommerpause beschließen. Die Schulträger können die neue Werkrealschule dann – beginnend mit den Klassen 5 bis 8 – ab dem Schuljahr 2010/11 einrichten. So sieht derzeit die Planung des Kultusministeriums aus. Doch was die Einen als Fortschritt in der Bildungslandschaft verkaufen, treibt Anderen die Sorgenfalten auf die Stirn.

Vor allem in den ländlichen Regionen des Landes hat das Schülerroulette bereits begonnen. Dort machen sich Kommunalpolitiker und Hauptschulrektoren Sorgen um den Fortbestand ihrer kleinen, einzügigen Hauptschulen und suchen eifrig nach Kooperationspartnern, um die Schule im Dorf lassen zu können. Die Befürchtung: Mit der Einführung der „neuen“ Werkrealschule wird ein Konzentrationsprozess hin zu den größeren Schulstandorten losgetreten. Denn um den Namen „neue“ Werkrealschule tragen zu dürfen, muss eine Schule mindestens zweizügig sein. Zwar beteuert man im Kultusministerium, dass keine kleine Hauptschule von Stuttgart aus geschlossen werde, doch die Befürchtungen in den Kommunen scheinen durchaus berechtigt. Immerhin plant die Regierung, die zusätzlich notwendigen Lehrerstellen für die „neuen“ Werkrealschulen auch mit den Einsparungen aus Schulzusammenlegungen zu finanzieren.

Das Zünglein an der Waage werden bei der Schulstandort-sicherung letztlich die Eltern sein. Denn mit der Einführung der „neuen“ Werkrealschule werden die Schulbezirksgrenzen aufgehoben, und dann können die Eltern die Schule für ihr Kind wählen. Und wer würde eine „neue“ Werkrealschule mit Option auf den mittleren Bildungsabschluss nicht der zwischenzeitlich gesellschaftlich kaputtgeredeteten Hauptschule vorziehen? „Neue“ Werkrealschule, das klingt eben nicht nach Rütli, Perspektivlosigkeit und sozialem Abstieg, sondern irgendwie besser, chicer – „neuer“ eben.

Schlechte Karten also für die Hauptschule im Dorf!

Dabei muss das gar nicht sein, und die vielen kleinen und durchaus guten Hauptschulen, die wir im Land haben, könnten auch weiterhin ohne irgendwelche Nachteile fürs Kind gewählt werden. Was vielen Eltern nämlich noch nicht klar ist: Die Hauptschule, wie wir sie jetzt kennen, gibt es dann eigentlich gar nicht mehr. Denn auch in den kleinen Dorfschulen wird nichts anderes unterrichtet als in der „neuen“ Werkrealschule.

Einzügige Hauptschulen müssen sich dem Konzept der neuen Werkrealschule anpassen, heißt es im Kultusministerium, und damit ist klar, die Bildungspläne der beiden Schularten

werden identisch sein. Geht auch gar nicht anders, denn die Kinder sollen ja jederzeit zwischen den beiden Schularten wechseln können.

Im Dorf steht nach der Umstellung der Bildungspläne also nicht mehr die alte Hauptschule, sondern – zumindest inhaltlich für die Klassen 5 bis 8 betrachtet – so etwas wie eine einzügige „neue“ Werkrealschule.

Lediglich bei den ohnehin nur zweistündigen Wahlpflichtfächern ab Klasse 8 können die einzügigen Schulen aus personellen Gründen wohl nur eines der drei möglichen Wahlfächer anbieten. Das muss nicht unbedingt ein Nachteil sein, schließlich können Kinder, die sich für eines der beiden fehlenden Wahlfächer entscheiden, ja jederzeit auf eine „neue“ Werkrealschule wechseln. Sie können sich aber auch für einen anderen Weg zum mittleren Bildungsabschluss entscheiden, und davon gibt es in Kooperation mit

den beruflichen Schulen viele (siehe auch den Artikel „Viele Übergänge sind nicht bekannt“ in SiB 5/ Juni 2009).

Doch wenn in den einzügigen Hauptschulen bis Klasse 8 derselbe Bildungsplan gilt wie in der neuen Werkrealschule, warum dann die unterschiedliche Namensgebung? An der fehlenden Möglichkeit, den mittleren Bildungsabschluss ohne Schulwechsel zu machen, kann es eigentlich nicht liegen. Schließlich gibt es auch im gymnasialen Bereich kleine Schulen, bei denen die Kinder vor der Oberstufe in größere Gymnasien wechseln müssen. Die heißen allerdings Progymnasium und sind damit eindeutig der Schulart Gymnasium zugeordnet. Folgerichtig müssten die kleinen Hauptschulen eher „neue Pro-Werkrealschulen“ heißen.

Über die Gründe für diese eher verwirrende Namensgebung kann man nur spekulieren. Vielleicht weil die Eltern sich dann gar nicht für den Wechsel in die größeren „neuen“ Werkrealschulen entscheiden würden, sondern mit ihren Kindern lieber vor Ort bei ihrer „neuen Pro-Werkrealschule“ blieben? Schließlich haben kleine Dorfschulen gegenüber großen Schulkomplexen durchaus auch Vorteile: weniger Gewalt, kürzere Wege, kleinere Klassen, in denen intensiver gefördert werden kann, und die Option, erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Kinder älter sind, in eine größere Stadtschule wechseln zu müssen.

Aber dann müssten wir uns auch weiterhin kleine Schulen mit kleinen Klassen leisten, in denen 15 „Pro-Werkrealschüler“ statt 30 „neue Werkrealschüler“ sitzen.

Außerdem gäbe es ein Finanzierungsproblem bei der „neuen“ Werkrealschule. Immerhin sind die Schulschließungen der Kleinen da ja schon fest eingeplant, auch wenn Stuttgart sie gar nicht vornimmt



Der SiB-Kommentar

von Sylvia Wiegert